

Tamara Bischof

Bezirksrätin

**Hans-Löffler-Str. 19
97337 Dettelbach**

Tel: 09324 – 979 326

Fax: 09324 – 979 328

landraetin@kitingen.de

Rede

zum Haushaltsplan des Bezirks Unterfranken für das Haushaltsjahr 2008

am 20.12.2007

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir verabschieden heute den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008.

Zuerst danken wir den Damen und Herren der Verwaltung für die Vorlage der Haushaltsunterlagen, die im Wesentlichen übersichtlich und transparent gestaltet sind.

Besonders danken wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bezirks und seinen Einrichtungen, vor allem in den Krankenhäusern und Heimen, für ihre Arbeit, ihr Engagement und ihren Einsatz. Insbesondere denjenigen, die sich mit großer Hingabe und Fürsorge - trotz wachsenden Zeitdrucks – in den Krankenhäusern und Heimen um die zu versorgenden Menschen kümmern.

Haushalt 2008: Einnahmesituation

Der Haushalt 2008 ist durch eine glänzende Einnahmesituation sehr positiv geprägt

- 1. durch eine- bayernweit höchste - Umlagekraftsteigerung von 15,7 %, damit bei einem Hebesatz von 16,0 Punkte Mehreinnahmen in Höhe von 16,55 Mio. €.**

2. eine deutliche Ergebnisverbesserung des laufenden Haushaltes 2007(im Sozialhaushalt) in Höhe von ca. 4,8 Mio. €, die mit rund 4 Mio. € bereits im Haushalt 2008 wieder eingeplant werden können.

Die Forderung der Freien Wähler, dass aufgrund der hohen Umlagekraftsteigerung des Bezirkes Unterfranken im Jahr 2008 **eine deutliche Hebesatzsenkung erfolgen muss, aber mindestens um 0,7 Punkte, sieht der heute vorliegende Haushalt auch vor.**

Die Senkung der Bezirksumlage von 16,7 im Jahr 2007 auf 16,0 Punkte **entlastet die Umlagezahler um 7,35 Mio. €.** Darüber hinaus **werden die Umlagezahler um weitere 10,01 Mio. €** entlastet, durch die Übernahme der ambulanten Eingliederungshilfe durch die Bezirke, aufgrund Gesetzesänderung.

Damit werden **die Umlagezahler um insgesamt 17,36 Mio. € entlastet.** Die Haushaltssituation der unterfränkischen Landkreise und zumindest zwei kreisfreien Städte ist im Hinblick auf die Verschuldung keineswegs so glänzend wie die des Bezirkes. Insgesamt sind diese in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro verschuldet, und es darf nicht verkannt werden, dass die Landkreise und kreisfreien Städte erhebliche Investitionsmaßnahmen in die Daseinsvorsorge wie Straßen und Schulen in der vergangenen Jahren mangels Finanzen aufgeschoben, hinausgeschoben oder nicht durchgeführt haben und diese jetzt angepackt werden müssen.

Der Bezirk Unterfranken hat mit einen Hebesatz von 16,0 % nicht mehr den niedrigsten in Bayern – was in den vergangenen Jahren seitens der Verwaltung immer besonders herausgehoben wurde. Wesentlich höhere Umlagesenkungen haben die Bezirke in Oberfranken und Oberpfalz durchgeführt,

- Oberfranken wird wohl den günstigsten Hebesatz haben **mit 14,0 %**, gefolgt von der **Oberpfalz mit 14,7 %** (beide senken über 3 Punkte in diesem Jahr, nachdem sie schon im letzten Jahr weit über 2 Punkte abgesenkt haben, so dass Unterfranken jetzt nur noch an dritter Stelle von 7 Bezirken hinsichtlich des Hebesatzes liegt).
- **Im Durchschnitt haben die bayerischen Bezirke ihren Hebesatz im Jahr 2007 um 1,17 % gesenkt**, Unterfranken senkt nur um 0,7 %. Im vergangenen Jahr haben die bayerischen Bezirke im Durchschnitt um 3,2 gesenkt (Unterfranken hat nur 1,75 Punkte abgesenkt).

Erfreulich ist in diesem Jahr, dass wir erstmals im Verlauf des laufenden Haushaltsjahres 2007 Aussagen über die voraussichtliche Abwicklung der Haushaltssituation bekommen haben. Diese Nachfragen meinerseits in den vergangenen Jahren wurden immer wieder damit abgebugelt , das sei nicht möglich.

Allerdings scheint es noch immer so zu sein, dass die Mehrheitsfraktion schneller und mehr Informationen bekommt als die Freien Wähler. Das sie sogar schon den Bezirkshaushalt berät und Verkündungen über den Hebesatz öffentlich abgibt zu einem Zeitpunkt, in dem die Freien Wähler noch gar keinen Kameralhaushalt erhalten haben. *Bei den Wählern soll augenscheinlich der Eindruck erweckt werden, es gibt zwei Klassen von Bezirksräten:*

1. Klasse, das sind die Mitglieder CSU-Fraktion – 2. Klasse, das sind die „anderen“.

Im übrigen ist es eindeutig schon Wahlkampfgetöse, indem eine Verkündung ins Blaue hinein gemacht wurde, wo weder konkrete Zahlen, Zuständigkeiten und die Höhe der Ausgleichsleistungen nach Art. 15 FAG bekannt war, und sie ihre Aussagen ja wieder revidieren musste. Ich bin gespannt, sollte, was wir nicht hoffen, jemals wieder der Umlagesatz erhöht werden müssen, ob die CSU das dann auch schon im vorausseilenden Gehorsam verkündet, oder dann doch lieber der Verwaltung überlässt.

Im übrigen widerspricht sich die Mehrheitsfraktion selbst. Auf der einen Seite verkündet sie ohne konkretes Zahlenwerk Umlagesenkungen und auf der anderen Seite spricht sie dauernd von sehr grossen Risiken im Sozialhaushalt.

Haushalt 2008

1. Sozialhaushalt: Ausgaben

Der Sozialhaushalt ist geprägt von einer erneuten gesetzlichen Veränderung, nämlich dem Zuständigkeitswechsel der ambulanten Eingliederungshilfe von den örtlichen Sozialhilfeträgern zum überörtlichen Sozialhilfeträger.

Die langjährige Hängepartie bei den Zuständigkeiten bzgl. Hilfe zur Pflege und der ambulanten Eingliederungshilfe, entstanden durch den mangelnden Entscheidungswillen der Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion im Landtag, führt auf der örtlichen und überörtlichen Ebene dazu, dass große Unsicherheiten im Personalbereich bestehen (Aufgabe fehlt bei dem einen weg, bei dem anderen kommt sie hinzu, was wird mit Personal?). Jetzt ist lediglich über die ambulante Eingliederungshilfe entschieden worden, aber nicht was mit der Hilfe zur Pflege geschieht, damit *ist* erneut keine vernünftige Personalplanung möglich.

Im Sozialhaushalt steigen die Ausgaben um 9 %, dies sind 21.700.000 €, wobei 10 Mio. € auf die neue Aufgabe „ambulante Eingliederungshilfe“ entfallen. D. h., tatsächlich steigen die Ausgaben aber immerhin doch noch um 11,7 Mio. €.

Dabei fällt der wesentliche Anteil auf die **Kostensteigerung bei der Hilfe zur Pflege (fast 4 Mio. €, sind fast 10%)**, was auf die Pflegesteigerung von 2,0 % und, wie die Verwaltung schreibt, erhöhte Fallzahlen zurückzuführen ist (2007: Ansatz 45,26 Mio. € - 2008: Ansatz 49,17 Mio. €).

Diese Erhöhung um 4 Mio. € erscheint uns sehr hoch, nachdem im Haushaltsjahr 2006, wie aus der Jahresrechnung hervorgeht, gerade bei der Hilfe zur Pflege aufgrund von Wohngeldnachzahlungen wesentlich weniger verausgabt wurde und im Haushalt 2007, der aktuell noch läuft, ebenfalls aufgrund höherer Wohngeldnachzahlungen die Ansätze um mehrere Millionen niedriger ausfallen als die Verwaltung prognostiziert hat.

Die Kosten für die **Eingliederungshilfe steigen um knapp 2 Mio. € von 67,66 Mio. € auf 69,62 Mio. €**, was ebenfalls mit Fallzahlenmehrungen und Pflegesatzsteigerungen begründet wird.

Die Einnahmen sind zwar auch etwas höher angesetzt aufgrund einer erwarteten 1%igen Rentensteigerung. Dennoch sind wir Freien Wähler gerade bei diesen Haushaltsansätzen gespannt, wie sie im Jahr 2008 verlaufen und ob dann wiederum nicht vorhersehbare Wohngeldnachzahlungen erfolgen.

Offensichtlich sind andere Bezirke besser in der Lage, Wohngeldnachzahlungen zu prognostizieren (siehe Oberfranken), so dass weniger Zuschüsse, damit Umlagegelder eingesetzt werden müssen.

Neue zusätzliche Sozialleistungen

Besonders zu erwähnen ist, dass über den Sozialhaushalt des Bezirks eine neue Leistung ab 2008 erfolgt, nämlich die Bewilligung von Schulgeld für die Förderschulen der Vereine der Lebenshilfe in Unterfranken.

Künftig wird für jedes Kind 300 € Schulgeld an die Förderschulen geleistet.

Ursächlich ist, dass das Freistaat Bayern, der entsprechend Art. 33 ff Bayer. Schulfinanzierungsgesetz den Personalaufwand und den erforderlichen Schulaufwand privater Förderschulen zu 100 % zu finanzieren hat, dies aber tatsächlich nicht tut. Er erstattet die Personalkosten nicht zu den gesetzlich festgelegten 100%, dadurch entstehen Defizite bei den Förderschulen bzw. Zwischenfinanzierungskosten von nicht abgerechneten Schulaufwand durch den Freistaat. Infolge dessen reicht das Geld nicht.

Was tut man?

Den Förderschulen bleibt nichts anderes übrig als Schulgeld einzuführen, um damit die Defizite zu decken, die durch das Verhalten des Freistaates Bayern, trotz gesetzlicher Verpflichtung, nicht geleistet werden. Dies kostet ab sofort den Umlagezahlern 1 Mio. €.

Ebenso wie die Träger der Lebenshilfe dieses Verhalten des Freistaates kritisieren, siehe letzten Sozialhilfeausschuss, tun dies auch die Freien Wähler. Im übrigen hat der Landkreistag und Städtetag dies Verhalten schon seit Jahren beim Freistaat kritisiert. Auch der Verband der bay. Bezirke muss konsequent bei der Staatsregierung die Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen einfordern.

Der Freistaat macht hier Integrationspolitik auf Kosten seiner Kommunen, ebenso wie bei dem an Bürokratie kaum zu überbietenden Bay. Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz und beim Bay. Erziehungs - und Unterrichtsgesetz.

Wir Freie Wähler sagen: das muss aufhören, auch der Freistaat ist finanziell in hohem Maße mitverantwortlich für die Integrationspolitik.

Frühförderung:

Durch die Änderung der sachlichen Zuständigkeit im Bereich der ambulanten Frühförderung, die nunmehr beim Bezirk liegt, erwarten wir Freien Wähler nicht, dass hier eine Kostenexplosion eintritt, wie die Sozialverwaltung in der Vorlage im Sozialausschuss angedeutet hat. Dort stand, **„dass der Rahmenvertrag ein erhebliches Potential zur Steigerung der Aufwendungen im Bereich der Frühförderung birgt wenn man in komplett umsetzt, so dass von derzeit Gesamtkosten 4,81 Mio. € man leicht auf Gesamtkosten von 12,20 Mio. € gelangen könnte.“ Für uns ist eine solche Steigerung nicht nachzuvollziehen.**

Was die Übernahme der ambulanten Eingliederungshilfe anbelangt und nachdem der Kollege, Herr Dr. Motsch, in der letzten Bezirksausschusssitzung den Landkreis Kitzingen kritisiert hat, habe ich mir auch einmal die Liste angesehen und bin schon sehr verwundert, dass beispielsweise beim Landkreis Kitzingen u. a. ein Zuschuss für das Diakonische Werk Kitzingen von 310 € herausgestrichen wurde, während bei der Stadt Würzburg, offensichtlich viele Zuschüsse an ebensolche Wohlfahrtseinrichtungen mit dem Stichwort Club- und Projektarbeit sowie Freizeitmaßnahmen tituliert worden sind, und siehe da, alle wurden sie übernommen. Für mich mehr als seltsam.

Sozialhaushalt: Einnahmesituation

Erfreulicherweise konnte auch die Einnahmesituation im Sozialhaushalt etwas gesteigert werden, nämlich indem man eine Rentenerhöhung von 1 % durchschnittlich erwartet hat und dass im Rahmen der Finanzverhandlungen im Ausgleichstopf Art. 15 FAG die Ansätze von **565 Mio. € auf 580 Mio. € von den Spitzenverbänden und vom Freistaat erhöht wurden, um damit auch die steigenden Sozialausgaben insgesamt etwas abzufedern.**

Diese Erhöhungen sind auch notwendig und eine Verpflichtung des Freistaates Bayern, insbesondere wenn man gerade das neue Urteil des Bayer. Verfassungsgerichtshofes heranzieht, dass das Finanzausgleichsgesetz des Freistaates verfassungswidrig ist, denn: **so Herr Präsident Zellner vom Bayerischen Landkreistag in einer Pressemitteilung vom 28. November 2007.,,Die Nettosozialausgaben sind zwischen 1989 und 2006 in Bayern von 1,5 Mrd. auf 4,4 Mrd. € angestiegen. Im gleichen Zeitraum mussten infolge die**

Kreisumlagesätze der Landkreise von 37,8 % auf 48 % im Landesdurchschnitt angehoben werden. Dies nimmt den Gemeinden und natürlich auch dem Landkreis jeden Spielraum“.

Entschieden sind Aussagen vom Fraktionsvorsitzenden der CSU, Herrn Dr. Motsch, zurückzuweisen, die er in der letzten Bezirksausschusssitzung gegenüber den örtlichen Sozialhilfeträgern getätigt hat und sozusagen diesen ein gewisses Unvermögen im Hinblick auf ihre Aufgabenerfüllung unterstellt hat.

Gerade die örtlichen Sozialhilfeträger haben seit Jahren, insbesondere aufgrund der schwierigen Finanzsituation und dem rigorosen Sparkurs der bay. Staatsregierung ein hohes Maß an Gestaltungs- und Innovationsvermögen einbringen müssen, um die Sozialausgaben im Griff zu halten. Sie haben in der Vergangenheit keine Ausgleichsleistungen durch Art. 15 FAG-Leistungen erhalten oder durch höhere Schlüsselzuweisungen des Freistaates, und dennoch waren sie verpflichtet, alle sozialen Pflichtleistungen, worauf die Bürger per Gesetz einen Anspruch haben, zu erfüllen.

Insofern ist es außerordentlich *unbedacht*, einen derartigen Vorwurf gegenüber den örtlichen Sozialhilfeträger in den Raum zu stellen.

2. . Krankenhäuser und Heime:

Die Krankenhäuser und Heime haben sich neu strukturiert mit dem Ziel, in den Wirtschaftsplänen eine schwarze Null für alle Häuser zu erreichen. Damit wird eine seit Jahren bestehende und immer wiederholte Forderung von uns Freien Wählern Rechnung getragen und nicht mehr Millionen umlagefinanzierte Zuschussmittel für diesen Bereich geleistet.

Allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren, **für die Zukunft wird eine schwarze Null für die Häuser nicht ausreichen, denn in allen Häusern werden auch künftig Investitionsmaßnahmen (medizinische Geräte) sowie bauliche Investitionen und Sanierungen anfallen, für die Rücklagen gebildet werden müssen, worauf wir Freien Wähler auch zukünftig großen Wert legen.** Damit muss Vorsorge geleistet werden, dass im Falle der Sanierung auch notwendige Finanzmittel vorhanden sind, um die Investitionen aus den Wirtschaftsplänen der Krankenhäuser finanzieren zu können.

Das bisher größte Sorgenkind, nämlich die Klinik Michelsberg, jetzt Thorax-Zentrum, wird auch 2007 einen Verlust schreiben müssen, laut Wirtschaftsplan ist für 2008 keine Verlustplanung mehr vorgesehen. Dies wäre sehr zu hoffen, da gerade in das Thorax-Zentrum Münnerstadt in den vergangenen Jahren, aber insbesondere in den 90er Jahren, Millionen von Umlagegeldern aus dem Kameralhaushalt reingeflossen sind, und darüber hinaus

in den letzten Jahren die gesamte Sanierung der Außenfassade von über 2 Mio. € sowie die Instandsetzung der Heizung ebenfalls in Höhe von ca.800.000 € von den Umlagezahlern alleine gezahlt wurde. Insofern ist es höchste Zeit, dass das Thorax-Zentrum Münnerstadt auf eigenen Füßen stehen kann und sich wirtschaftlich selbst trägt. Der Mannschaft, dem Chefarzt und dem neuen Verwaltungsleiter mit allen Mitarbeitern, ist hierzu Dank zu sagen, dass sie – zumindest nach derzeitigem Augenschein – die Kurve zum Positiven bekommen haben.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, möchte ich das **Thema externes Klinikmanagement der Deutschen Klinik GmbH, bzw. Capio GmbH ansprechen. Die Mehrheitsfraktion des Bezirks hat entgegen dem entschiedenen Widerstand der Opposition die Deutsche Klinik GmbH mit der Geschäftsführung in Münnerstadt und Lohr beauftragt, was hunderttausende von Euro gekostet hat.** Sämtliche Warnungen der Opposition wurden niedergebügelt und Fragen nicht zugelassen. Nach kurzer Zeit kam das große Erwachen, dass diese Geschäftsführung, anfangs Deutsche Klinik GmbH, später Capio GmbH, ein Flop war und man bemüht war, sie schnellstmöglich wieder los zu werden.

In den Medien wurde der Einstand groß gefeiert und versucht den Abgang, positiv zu verpacken. Taagentsächlich war es ein Flop, der den Krankenhäusern viel Geld gekostet hat.

Umlagefinanzierte Trägermittel fließen im Jahr 2008 in Höhe von 812.800 € in die Krankenhäuser und Heime, wobei insbesondere die Schuldendienstbeihilfe für die Klinik Michelsberg bzw. jetzt Thorax-Zentrum des Bezirks Unterfranken sowie Trägerzuschüsse für das Sorgenkind Pflegeheim Römershag als Finanzierungsanteile darauf entfallen.

Wir hoffen, dass die Umstrukturierungen im Pflegeheim Römershag, die mit viel Geld des Trägers, nämlich insgesamt in Höhe von 2,55 Mio. € auf mehrer Jahre verteilt, finanziert werden sollen, sich auszahlen, und das Heim sich in wenigen Jahren selbst tragen kann.

3. Haushalt allgemein:

Die Verschuldung im Bezirk Unterfranken ist nahezu Null, auch wenn immer 3,6 Mio. € ausgewiesen werden, da allein die Mindestrücklage diesen Betrag ausgleicht. **Dass die Finanzlage in allen 5 vergangenen Jahren, in denen wir Freien Wähler im Bezirkstag vertreten sind – seit 2003 – glänzend ist, kann man jeweils dadurch feststellen, dass Zinseinnahmen – und dies sind Zinsen aus kurzfristig angelegten Kassenmitteln – in Höhe von jährlich mehreren hunderttausend Euro erwirtschaftet werden.** Zum Beispiel im

Haushaltsjahr 2006: angesetzt waren 215.000 € Zinseinnahmen, tatsächlich erwirtschaftet wurden 565.000 €, und damit sieht man schon, dass die Finanzlage und die Kassenlage mehr als hervorragend war. Erfreulicherweise hat der Kämmerer, **Herr Klingert, auch sofort auf mein Argument aus der letzten Bezirksausschusssitzung reagiert, nachdem ich – wie seit Jahren - festgestellt habe, dass die Zinseinnahmen aus kurzfristig angelegten Kassengeldern viel zu niedrig eingesetzt sind. Ursprünglich waren 308.000 € Einnahmen eingeplant, jetzt 506.000 €, was sicherlich realistischer ist.**

Zusammenfassung zum Haushalt 2008:

Wir Freien Wähler stellen fest:

- **hervorragende Einnahmesituation des Bezirks im Jahr 2008; Mehreinnahmen bei der Bezirksumlage in Höhe von 16,55 Mio. €**
- **leider weiter stark steigende Sozialausgaben in Höhe von 11 Mio. €**
- **zusätzliche Sozialausgaben um weitere 10 Mio. € aufgrund neuer Aufgaben bezüglich der ambulanten Eingliederungshilfe, dadurch aber auch eine Entlastung der Umlagezahler um ebenso diese 10 Mio. €**
- **Entlastung der Umlagezahler um 7,35 Mio. € durch die Hebesatzsenkung von 16,7 auf 16,0 Punkte**
- **Der Bezirk Unterfranken steht damit aber nicht mehr an der Spitze der bayerischen Bezirke, was den Hebesatz anbelangt, sondern ist auf den dritten Platz abgerutscht. Die Bezirke Oberfranken und Oberpfalz haben deutlich niedrigere Hebesätze, nämlich 14,0 und 14,7 %**
- **Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in den Krankenhäusern und Heimen, lediglich Thorax-Zentrum Michelsberg und Pflegeheim Römershag müssen nach wie vor über Umlagegelder bezuschusst werden. Wir hoffen, dass dies in Kürze der Vergangenheit angehört.**
- **Wir stellen anerkennend fest, dass die Verwaltung jetzt in der Lage ist, dass bereits im laufenden Haushaltsjahr uns mitgeteilt werden kann (was früher kategorisch verneint wurde), wie wohl das Haushaltsjahr verläuft und welchen Schluss man auf das nächste Haushaltsjahr ziehen kann. Damit haben wir eine wesentlich bessere Übersicht über die gesamte Finanzlage und man kann sich sachgemäß damit auseinandersetzen.**

Auf die Sozialausgabenentwicklung ist ein kritischer Blick zu werfen, insbesondere muss verhindert werden, dass der Freistaat Bayern auf Kosten der Kommunen sich seinen gesetzlichen Verpflichtungen entzieht.

Die Freien Wähler stimmen dem Haushalt 2008 mit einem abgesenkten Hebesatz von 16,7 auf 16,0 % zu, *obwohl sie der Meinung sind, dass ohne Nachteile für den Bezirk eine stärkere Senkung möglich gewesen wäre.*

Tamara Bischof, Bezirksrätin

Armin Grein, Bezirksrat